



# Eine-Welt-Presse

Nord-Süd-Zeitung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

2016 | 33. JAHRGANG | ISSN 1614-5437



## MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSBEDINGUNGEN

### Der lange Weg zu internationalen Standards für ein besseres Leben

Wer Arbeitsplätze schafft, der bekämpft Armut – diese Formel ist leider zu simpel. Denn nicht jede Arbeit ist auch gute Arbeit. Die Eine-Welt-Presse befasst sich in dieser Ausgabe mit der Frage, wie menschenwürdige Arbeitsbedingungen aussehen und welchen Beitrag die internationale Gemeinschaft zu ihrer Umsetzung leistet.

**DIE ROLLE DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT** Seite 2

**ACHT KRITERIEN FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT** Seite 3

**DAS BEISPIEL BANGLADESCH** Seite 4

**VON DER KATASTROPHE ZUM NEUANFANG?** Seite 6

**DIE CHANCE AUF EIN BESSERES LEBEN** Seite 7

**UND BEI UNS? DAS BEISPIEL DEUTSCHLAND** Seite 8

Arbeit versetzt Menschen in die Lage, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und sich wirtschaftlich abzusichern. Sie ermöglicht ihnen, umfassend an der Gesellschaft teilzuhaben und verleiht ihnen ein Gefühl von Würde und Wertschätzung. Gleichzeitig ist Arbeit die Voraussetzung für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum. Sie gilt als wichtiges Instrument, um die weltweite Armut zu verringern und trägt nachhaltig zur Gleichstellung der Geschlechter bei.

Aber nicht jede Arbeit ist auch gute Arbeit. Ob Hungerlöhne in Textilbetrieben, Kinderarbeit bei Smartphone-Herstellern oder Ausbeutung auf Schlachthöfen: Noch immer können Menschen überall auf der Welt trotz Arbeit kein menschenwürdiges Leben führen. Rund 830 Millionen arbeitende Frauen und Männer müssen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Mehr als 1,5 Milliarden haben eine prekäre Beschäftigung. Die sogenannten erwerbstätigen Armen schuften in Vollzeit, um ihren Lebensunterhalt zu sichern – und leben doch unterhalb der Armutsgrenze.

Darüber hinaus arbeiten Millionen Menschen weltweit unter missbräuchlichen und ausbeuterischen Bedingungen, die gegen ihre grundlegenden Menschenrechte verstoßen, etwa in

Kinderarbeit, Zwangs- oder Pflichtarbeit. Der Einsturz eines Fabrikgebäudes in Bangladesch am 24. April 2013 mit mehr als 1000 Todesopfern hat einmal mehr gezeigt, wie gefährlich die Bedingungen an vielen Arbeitsplätzen sind. Jeden Tag sterben 6400 Menschen bei Arbeitsunfällen, 860.000 werden verletzt. Oft sind sie nicht abgesichert und erhalten keinerlei Entschädigung.

Gleichzeitig hat ein großer Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter immer noch keine Möglichkeit, etwas an diesen menschenunwürdigen Bedingungen zu verändern. In vielen Ländern gibt es keine Mitspracherechte. Die Beschäftigten

dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren und können deshalb ihre Interessen nicht vertreten. Sie haben kein Recht auf Tarifverhandlungen und keine Vereinigungsfreiheit. Ein sozialer Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern findet deshalb nicht statt.

Seit Jahren werden Produktion und Dienstleistungen immer mehr in sogenannte Billiglohnländer in Asien, Afrika, Lateinamerika oder Osteuropa ausgelagert. Um Unternehmen anzulocken, unterbieten sich Staaten gegenseitig: noch billigere Löhne, noch weniger Arbeitsrechte, kaum Sozial- und Umweltstandards. Hier muss

die internationale Gemeinschaft ansetzen. Denn in einer wirtschaftlich immer stärker vernetzten Welt sind Regeln für Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz wichtiger denn je – über Landesgrenzen hinweg.

Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) setzt sich als eine der ältesten Organisationen der Vereinten Nationen seit ihrer Gründung 1919 für bessere Arbeitsbedingungen ein. Ihre Konventionen haben einen wesentlichen Beitrag geleistet, weltweite Standards für Arbeit zu etablieren. Den größten Erfolg konnte die Organisation beim Kampf gegen die Kinderarbeit vorweisen. Mit der „Decent Work Agenda“ hat die ILO bereits 1999 einen Fokus auf das Thema menschenwürdige Arbeit gelegt und 2008 in der grundlegenden „Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung“ institutionalisiert.

Auch die nachhaltige Entwicklungsagenda 2030, auf die sich die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 2015 geeinigt haben, greift die Vision von menschenwürdiger Arbeit für alle in mehreren Zielen auf. Denn trotz aller Bemühungen gibt es in der Arbeitswelt noch immer erhebliche Defizite bei der Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Sozialstandards.

Urlaubsanspruch Unfallversicherung **Textilindustrie** Niedriglohnsektor  
Decent Work Agenda **Vereinte Nationen** Sozialer Dialog  
Überstunden **Frauenquote** Rana Plaza **ILO** Minijob  
Entschädigung **Zwangsarbeit** Existenzminimum Konventionen **Kinderarbeit**  
Entwicklungsziele **Textilbündnis** **Mindestlohn** **Kernarbeitsnormen**  
**Katastrophe** **Mindeststandards** **Menschenwürde**  
Arbeitsicherheit Gleichstellung Diskriminierung Erwerbstätige Arme Gewerkschaften



**Liebe Leserinnen und Leser,**

das Thema „Menschenwürdige Arbeitsbedingungen“ steht weit oben auf der globalen entwicklungspolitischen

Agenda. Das achte Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDGs, Sustainable Development Goals) fordert „produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle“ bis zum Jahr 2030. In vielen Ländern der Welt mangelt es an (würdigen) Arbeitsplätzen, insbesondere für Jugendliche. Dies gilt längst nicht nur für Entwicklungsländer im globalen Süden.

Im Rahmen der Vereinten Nationen ist vor allem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf für diese Themen zuständig. Als älteste Sonderorganisation der Vereinten Nationen strebt die ILO mit ihrer Agenda für menschenwürdige Arbeit (Decent Work Agenda, 1999) vier Ziele an: die Umsetzung der Kernarbeitsnormen, die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen mit ausreichendem Einkommen sowie die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.

Die vorliegende „Eine-Welt-Presse“ ist das Ergebnis einer Recherche für Journalistinnen und Journalisten, welche die DGVN im Januar 2016 nach Genf und Bangladesch unternommen hat, um deutschen Regionalzeitungen einen Einblick in die zahlreichen Aktivitäten der ILO zu ermöglichen. Mit unserer „Eine-Welt-Presse“ bereiten wir die Reiseerfahrungen nun anschaulich auf und freuen uns, wenn die Beiträge viele Leserinnen und Leser erreichen sowie im Schulunterricht Verwendung finden. Dabei fragen wir nicht nur nach der Rolle der internationalen Gemeinschaft, sondern auch, was menschenwürdige Arbeit eigentlich ist. Selbstverständlich spielt die Situation in Bangladesch eine zentrale Rolle, wir beleuchten jedoch ebenso die Lage bei uns in Deutschland. Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind wir für die finanzielle Förderung sowohl der Recherche als auch dieser Publikation sehr dankbar.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre.

**Detlef Dzembritzki**, DGVN-Vorsitzender



**Lehrer\*innen** an weiterführenden Schulen bietet das Programm

„UN im Klassenzimmer“ die Möglichkeit, internationale Politik für ihre Schüler\*innen erlebbar zu machen. Anhand von interaktiven Präsentationen lernen sie die Funktions- und Arbeitsweisen der Vereinten Nationen kennen und erproben in einer Simulation des UN-Sicherheitsrats ihr diplomatisches Geschick. Die Projekte werden von Studierenden durchgeführt, die sich bereits ausführlich mit den Vereinten Nationen beschäftigt haben.

**Studierende** mit Interesse an politischer Bildungsarbeit und den Vereinten Nationen können im Rahmen des Projektes UN im Klassenzimmer Schüler\*innen für die Weltorganisation begeistern. Gemeinsam mit einem bzw. einer anderen Teamer\*in begleitest du die Schüler\*innen bei der Erarbeitung des UN-Basiswissens und/oder leitest eine Simulation des Sicherheitsrats an. Die DGVN bereitet dich optimal auf diese Aufgaben vor und stellt alle benötigten Materialien zur Verfügung.

Mehr Infos unter [www.UN-Klassenzimmer.de](http://www.UN-Klassenzimmer.de) oder direkt per Mail an [UNKlassenzimmer@dgvn.de](mailto:UNKlassenzimmer@dgvn.de)

# DIE ROLLE DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT

## Globale Initiativen für das Recht auf menschenwürdige Arbeit

Die internationale Gemeinschaft kämpft seit vielen Jahren weltweit für bessere Arbeitsbedingungen. Klar ist: Nur gemeinsam kann diese enorme Aufgabe bewältigt werden. Eine Vorreiterrolle spielte dabei die Internationale Arbeitsorganisation.

Die Internationale Arbeitsorganisation wurde bereits 1919 gegründet und ist seit 1946 eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Ziel der ILO ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen zu verbessern und so den Weltfrieden zu sichern. Dafür verfügt die Organisation über eine dreigliedrige Struktur, die im UN-System einzigartig ist: Sie wird gemeinsam und gleichberechtigt von den Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und Regierungen der 185 Mitgliedsstaaten getragen.

Ein Schwerpunkt der ILO-Tätigkeit war von Anfang an die Setzung von Arbeitsnormen. So legt etwa das erste ILO-Übereinkommen aus dem Jahr 1919 Obergrenzen für die Länge von Arbeitstag und Arbeitswoche in der Industrie fest. Inzwischen gibt es fast 200 solcher Konventionen, die sich beispielsweise mit dem Mindestalter oder der Versicherung von Beschäftigten, mit den Rechten von Seeleuten oder mit dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz befassen.

Mit der Annahme der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit im Jahr 1998 konzentrierte die ILO ihre Arbeit verstärkt auf die Ratifizierung und Implementierung der sogenannten Kernarbeitsnormen: Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Diese vier Grundprinzipien bestimmen das Selbstverständnis und Handeln der ILO. Daran gekoppelt sind acht grundlegende Übereinkommen, zu deren Einhaltung sich die meisten ILO-Mitgliedsstaaten verpflichtet haben. Die älteste Norm stammt von 1930, die jüngste wurde 1999 beschlossen.

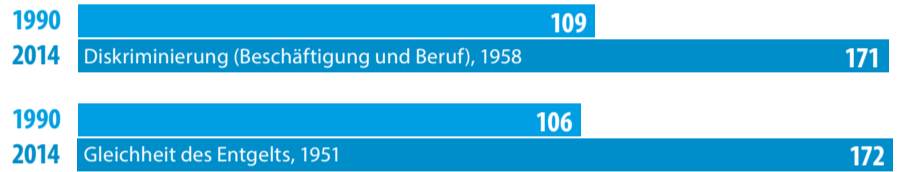
Da die Ratifizierung und Anwendung der Kernarbeitsnormen in vielen Ländern nicht am guten Willen scheitern, sondern an ökonomischen, institutionellen oder kulturellen Problemen, bietet die ILO darüber hinaus Hilfe im Rahmen der technischen Zusammenarbeit an. So unterstützt sie etwa Regierungen und Sozialpartner bei der Ausarbeitung von rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konkreten Programmen zur Verbesserung der beruflichen Bildung, des sozialen Schutzes oder der Arbeitssicherheit. Die ILO

Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation und Anzahl der Länder, die diese ratifiziert haben, 1990 und 2014  
Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung/Human Development Report (HDR) 2015, Berechnung auf der Grundlage der ILO (2014c)

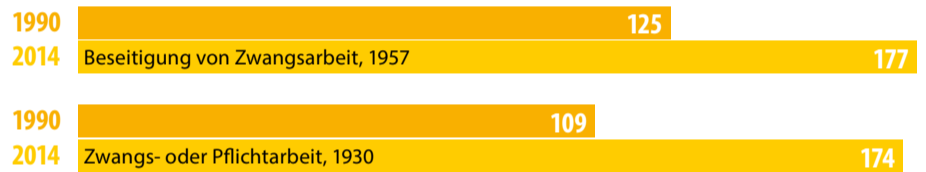
### Beseitigung der Kinderarbeit



### Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf



### Beseitigung von Zwangs- und Pflichtarbeit



### Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen



bemüht sich außerdem in vielen Ländern, den Dialog zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verbessern, um einen breiten Konsens zwischen den betroffenen Interessengruppen zu finden.

Gute und menschenwürdige Arbeit für alle ist ein Thema, dem sich die ILO seit ihrer Gründung widmet. Mit der „Decent Work Agenda“ von 1999 hat die Organisation ihre Arbeit auf vier strategische Ziele ausgerichtet:

1. Die Umsetzung der Kernarbeitsnormen
2. Die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen

3. Die Stärkung der sozialen Sicherheit durch einen sozialen Basisschutz
4. Die Stärkung des sozialen Dialogs zwischen Regierungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Die Agenda ist seitdem ein zentrales Projekt der ILO. 2008 wurde die „Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung“ verabschiedet, in der Staaten, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ihre Bemühungen zur Umsetzung der Ziele erneut bestätigten. In der Tradition der Gründungsdokumente spiegelt sich in dieser Erklärung die Ausrichtung der ILO für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte wider.

## Armut nachhaltig bekämpfen

### Menschenwürdige Arbeit auf der Agenda der Vereinten Nationen

Am 25. September 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Ziel der Agenda ist es, die globale Entwicklung sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig zu gestalten und so auch kommenden Generationen die Chance auf ein erfülltes Leben zu sichern. Die Vision von menschenwürdiger Arbeit für alle zieht sich durch das gesamte Dokument. Zum ersten Mal werden Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit in einer Agenda zusammengeführt. Am deutlichsten wird das in Ziel 8 der insgesamt 17 Vorgaben, das eine „Förderung von dauerhaftem, inklusivem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum, produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle“ fordert.

Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, sofortige und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Zwangsarbeit, moderne Sklaverei und Menschenhandel abzuschaffen und bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende zu setzen. Arbeitnehmerrechte sollen besser geschützt und eine sichere Arbeitsumgebung gewährleistet werden.

Bis zum Jahr 2030 will die Entwicklungsagenda Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, Jugendlichen und Personen mit Behinderungen sowie gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit erreichen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll insbesondere der Anteil von Jugendlichen, die weder in Arbeit noch in Aus- oder Weiterbildung sind, reduziert werden.



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon steht symbolisch hinter den SDGs, den Sustainable Development Goals. Quelle: UN-Photo

Die Vorgaben der Agenda 2030 richten sich an alle Staaten der Weltgemeinschaft. Diese sind aufgefordert, sich aktiv für die Ziele einzusetzen und daran zu arbeiten, dass die Situation der Menschen und der Umwelt sich bis 2030 deutlich verbessert. Menschenwürdige Arbeit wird dabei als entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung definiert und erhält dadurch einen hohen Stellenwert auf der Agenda der Vereinten Nationen.

# ACHT KRITERIEN FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT

Die internationale Gemeinschaft fordert menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle. Aber was macht menschenwürdige Arbeit aus? Die ILO stellt unter anderem die folgenden acht Anforderungen.

## Keine Zwangs- und Pflichtarbeit

Zwangsarbeit, Pflichtarbeit oder Schuldknechtschaft sind nicht zulässig, ebenso wenig wie finanzielle Sicherheitsleistungen oder der Einbehalt von Ausweisdokumenten. Nach Schätzungen der ILO werden jährlich fast 21 Millionen Menschen durch Zwangsarbeit ausgebeutet, die überwiegende Mehrheit durch Privatpersonen und Firmen. Ob in der Sexindustrie, in privaten Haushalten, der Landwirtschaft, dem Baugewerbe oder dem Bergbau – jedes Jahr werden rund 150 Milliarden US-Dollar mit Zwangsarbeit erwirtschaftet. Nach dem Handel mit Waffen und Drogen ist der Menschenhandel der lukrativste illegale Geschäftszweig weltweit. Die Bekämpfung von Zwangsarbeit gehört schon lange zu den Schwerpunkten der ILO. Bereits 1930 verabschiedete sie das erste Übereinkommen, um Zwangs- und Pflichtarbeit zu beenden.

## Faire Löhne

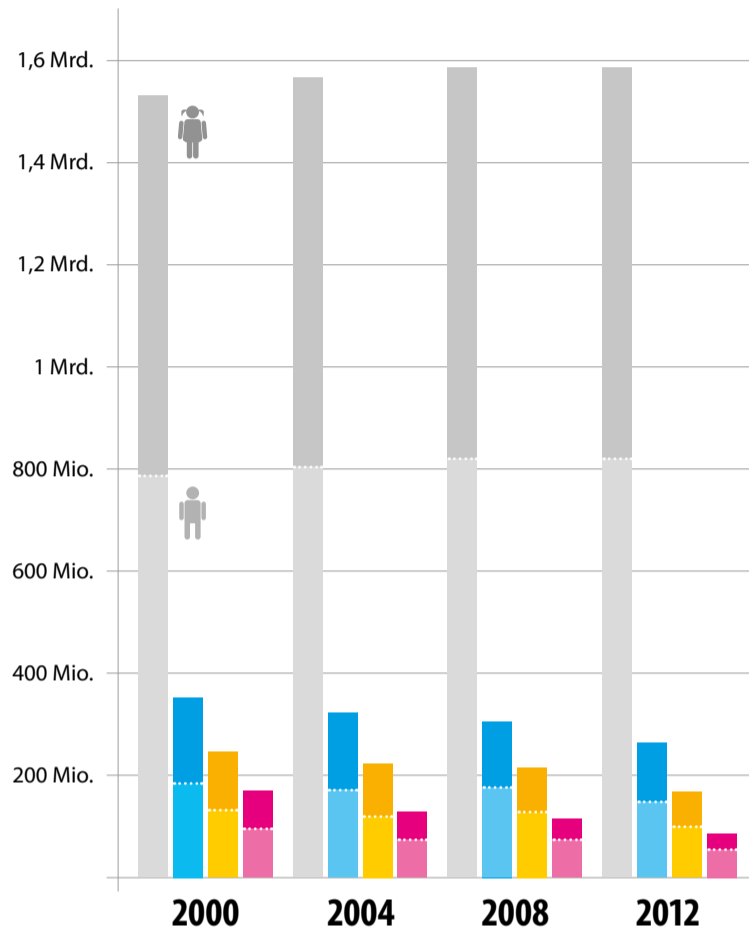
Um menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen, müssen Beschäftigte mindestens einen gesetzlichen Mindestlohn erhalten – oder einen Tariflohn, sofern dieser höher ist. Mittelfristiges Ziel ist ein Lohn, der für Lebensmittel, Wohnen, Transport, Erziehungs- und Bildungskosten, Gesundheitskosten sowie für kleine Sparsummen reicht. Die letzte Dekade hat eine langsame Annäherung der Durchschnittslöhne in Schwellen- und Entwicklungsländern an die der Industrieländer gezeigt. Die Löhne in Industrieländern bleiben aber im Durchschnitt dreimal höher. Mehr als 800 Millionen Menschen arbeiten in den Entwicklungsländern derzeit für einen Lohn unter zwei Dollar täglich. Immerhin machen die sogenannten „working poor“ unter den Erwerbstätigen mittlerweile nur mehr ein Drittel aus. In den frühen 2000er Jahren stellten sie noch die Hälfte.

## Würde und Respekt

Zur Qualität der Arbeit gehört auch die Frage, ob ein Arbeitsplatz Würde, Stolz und Respekt vermittelt. Physische und psychische Gewalt, sexuelle Belästigung, rassistische Schikane und andere Formen von Missbrauch und Gewalt dürfen nicht zugelassen oder toleriert werden. In der Europäischen Union berichtete 2015 jede und jeder sechste Erwerbstätige (16 Prozent) über Erfahrungen mit negativem Sozialverhalten wie Gewalt, Mobbing, Belästigung oder unerwünschten sexuellen Annäherungsversuchen. Gewalt am Arbeitsplatz kann gravierende negative Auswirkungen auf die Betroffenen und ihre künftige Erwerbstätigkeit haben. Die Folgen reichen von Demotivierung und verletztem Stolz bis hin zu schweren körperlichen oder psychischen Schäden wie Depressionen oder Selbstmord.

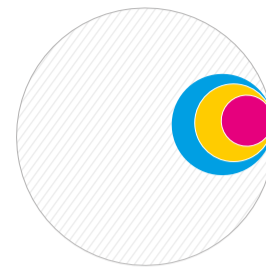
## Faire Arbeitszeiten

Bei der Gründung der ILO waren extrem lange Arbeitszeiten weit verbreitet. Die erste Konvention der Organisation richtete sich deshalb 1919 nicht zufällig auf die Einführung des 8-Stunden-Tags und der 48-Stunden-Woche in der Industrie. Diese Forderung gilt bis heute. Um menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu garantieren, müssen sich Unternehmen an die gesetzlich oder tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit halten. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit sollte nicht mehr als 48 Stunden betragen. Überstunden sind freiwillig und zusätzliche, nicht ständig abverlangte Arbeitszeit. Sie dürfen 12 Stunden pro Woche nicht überschreiten und müssen mit einem Zuschlag entlohnt werden. Innerhalb eines Zeitraums von sieben Tagen ist eine Ruhezeit von mindestens 24 aufeinanderfolgenden Stunden zu gewähren.



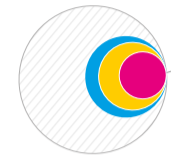
■ Kinder gesamt  
■ arbeitstätig  
■ Kinderarbeit  
■ gefährliche Arbeit

oben: Geschätzte Kinderarbeit nach Regionen, 5-17 Jahre, 2012  
links: Geschätzte Kinderarbeit weltweit, 5-17 Jahre, 2000-2012



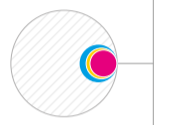
### ASIEN

Anzahl Jugendliche: 835,3 Mio.  
davon arbeitstätig: 129,4 Mio. (15,5 %)  
Kinderarbeit: 77,7 Mio. (9,3 %)  
Gefährliche Arbeit: 33,9 Mio. (4,1 %)



### AFRIKA (SUBSAHARA)

Anzahl Jugendliche: 275,4 Mio.  
arbeitstätig: 83,6 Mio. (30,3 %)  
Kinderarbeit: 59 Mio. (21,4 %)  
Gefährliche Arbeit: 28,8 Mio. (10,4 %)



### LATEINAMERIKA/KARIBIK

Anzahl Jugendliche: 142,7 Mio.  
arbeitstätig: 17,8 Mio. (12,5 %)  
Kinderarbeit: 12,5 Mio. (8,8 %)  
Gefährliche Arbeit: 9,6 Mio. (6,8 %)



### ANDERE REGIONEN

Anzahl Jugendliche: 332,1 Mio.  
arbeitstätig: 33,7 Mio. (10,1 %)  
Kinderarbeit: 18,7 Mio. (5,6 %)  
Gefährliche Arbeit: 13,1 Mio. (3,9 %)

## Keine Diskriminierung

Das Verbot von Diskriminierung zählt zu den Kernarbeitsnormen der ILO. Fast alle Mitgliedsstaaten haben die Abkommen gegen Diskriminierung von 1951 und von 1958 ratifiziert und sich damit zur Verabschiedung entsprechender Gesetze verpflichtet. Demnach darf niemand aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion, des gesellschaftlichen Standes oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft diskriminiert werden. Dies gilt bei Einstellung, Bezahlung, Zugang zu Aus- und Weiterbildung, Beförderungen, Beendigung des Arbeitsverhältnisses, sowie bei Kündigung oder Erreichen der Altersruhegrenze. Die meisten Fälle von Diskriminierung betreffen Frauen – ob beim Entgelt, den Aufstiegschancen oder durch mangelhafte Rahmenbedingungen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Weltweit verdienen Frauen 24 Prozent weniger als Männer.

## Sozialer Dialog

Sozialer Dialog bezeichnet die Beteiligung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungen an Entscheidungen über Beschäftigungs- und Arbeitsplatzfragen. Dieser Austausch auf Augenhöhe bietet eine Garantie, dass Arbeit unter fairen, sicheren und menschenwürdigen Bedingungen stattfindet. Arbeitnehmer haben das Recht, sich ohne äußere Einmischung in Gewerkschaften zu organisieren. Gewerkschaften haben das Recht, Tarifverhandlungen zu führen und zu streiken. Seit der Gründung der ILO im Jahr 1919 ist der soziale Dialog einer der tragenden Grundsätze der Organisation. Eine ganze Reihe von Abkommen fordern deshalb von den Mitgliedstaaten, die Grundsätze der Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen einzuhalten, aktiv zu fördern und zu verwirklichen. In vielen Staaten werden diese Rechte jedoch bis heute missachtet. Gewerkschaften werden in ihrer Arbeit behindert, ihre Mitglieder bedroht oder sogar getötet.

## Sicherheit und Gesundheit

Die Garantie von Sicherheit und Gesundheit ist Grundvoraussetzung für einen menschenwürdigen Arbeitsplatz. Es gelten Mindestanforderungen an Hygiene, Brandschutz und Sicherheitsmaßnahmen. Unternehmen müssen für einen wirkungsvollen Unfall- und Gesundheitsschutz sorgen und arbeitsbedingte Risiken soweit wie möglich senken. Nach Schätzungen der ILO sterben jedes Jahr 2,3 Millionen Menschen durch Arbeitsunfälle, das sind 6400 Tote pro Tag. Weitere 313 Millionen Arbeitnehmer erleiden nicht-tödliche Arbeitsunfälle, also jeden Tag 860.000 Menschen. Damit belegen arbeitsbedingte Unfälle und Krankheiten auf der Rangliste der drängendsten globalen Gesundheitsprobleme einen der ersten Plätze. Viele dieser Unfälle könnten jedoch durch einfache Maßnahmen verhindert werden. Die ILO fordert deshalb eine weltweite Präventionskultur für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.

## Keine Kinderarbeit

Kinder unter 15 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Davon ausgenommen ist lediglich die Beschäftigung im Rahmen einer Ausbildung. Nachtarbeit ist grundsätzlich erst ab dem 18. Lebensjahr erlaubt. Laut ILO arbeiten weltweit immer noch 168 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren regelmäßig mehrere Stunden am Tag. Unter ihnen sind 85 Millionen Mädchen und Jungen in gefährlicher Arbeit: Sie leisten Nachtarbeit, schuften in Steinbrüchen, haben viel zu lange Arbeitszeiten oder werden wie Sklaven gehalten. Jedes Jahr sterben etwa 22.000 Kinder bei Arbeitsunfällen. In der Landwirtschaft arbeiten mit Abstand die meisten Kinder (98 Millionen), gefolgt von Dienstleistungen wie zum Beispiel Haushaltshilfen (54 Millionen) und der Industrie (12 Millionen). Im Kampf gegen die Kinderarbeit erzielte die ILO die größten Erfolge. Die Zahl der arbeitenden Kinder ist seit 2000 um fast ein Drittel gesunken. Trotzdem konnte das Ziel der internationalen Gemeinschaft, die schlimmsten Formen der Kinderarbeit bis 2015 komplett zu beseitigen, nicht erreicht werden.

# DAS BEISPIEL BANGLADESCH

## Menschenwürdige Arbeit in der Praxis

Im Jahr 2013 wurde Bangladesch zum traurigen Symbol für schlechte Arbeitsbedingungen, als die Textilfabrik Rana Plaza einstürzte. 1127 Menschen starben in den Trümmern, mehr als 2000 wurden teilweise schwer verletzt. Die Katastrophe machte den dringenden Handlungsbedarf deutlich, die Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbessern.



Aufräumen nach der Katastrophe: Beim Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza in Bangladesch wurden im Jahr 2013 tausende Menschen unter den Trümmern begraben. Foto: Zakir Hossain Chowdhury, picture alliance/AA

### Land und Leute

In Bangladesch leben rund 160 Millionen Menschen auf einer Fläche von nur 148.000 Quadratkilometern (etwa 40 Prozent der Fläche Deutschlands). Mit durchschnittlich mehr als 1.200 Menschen pro Quadratkilometer ist Bangladesch der Flächenstaat mit der weltweit höchsten Bevölkerungsdichte. Allein die Hauptstadt Dhaka hat über 15 Millionen Einwohner.

Bangladesch liegt in Südasiens. Es wird größtenteils von Indien umschlossen, im Süden grenzt es an den Golf von Bengalen und im Südosten an Myanmar. Das Land nimmt den östlichen Teil der Region Bengalen ein, der 1947 aufgrund der muslimischen Bevölkerungsmehrheit bei der Teilung Britisch-Indiens unter der Bezeichnung Ostpakistan zum östlichen Landesteil Pakistans wurde. Am 26. März 1971 erklärte die Volksrepublik Bangladesch jedoch ihre Unabhängigkeit von Westpakistan. Es folgte ein neunmonatiger blutiger Befreiungskrieg. Die erste Verfassung trat im Dezember 1972 in Kraft und schrieb neben einer demokratischen Staatsform auch Säkularismus, Nationalismus und Sozialismus als Ziele in der Verfassung fest.

Nach einer schwierigen Anfangsphase mit zahlreichen Putschen und Gegenputschen gelang 1991 der Wechsel von einer auf das Militär gestützten Präsidialverfassung zurück zu einem parlamentarischen System nach dem Westminster-Modell. Das reine Mehrheitswahlrecht führte lange zu stabilen Mehrheiten im Parlament und begünstigte die Herausbildung von zwei dominierenden und konkurrierenden Parteien, der Bangladesh Nationalist Party (BNP) und der Awami League (AL).

Seit den umstrittenen Parlamentswahlen vom 5. Januar 2014, die von der Opposition boykottiert wurden, ist die AL unter Führung von Sheikh Hasina weiterhin Regierungspartei. Mit 234 von 300 Mandaten ist sie die dominierende Kraft in der aus 14 zumeist sehr kleinen Parteien bestehenden Regierungskoalition. Die BNP ist in Folge des Wahlboykotts nicht im Parlament vertreten. Klientelismus und Korruption sind in Bangladesch weit verbreitet. Gewerkschaften, Studentenorganisationen, Polizei und Verwaltung sind stark politisiert und parteipolitisch durchdrungen.

Seit den 1990er Jahren hat Bangladesch eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. In den vergangenen zehn Jahren lag die jährliche Wachstumsrate nahezu konstant bei 6 Prozent. Vor allem die Textilbranche boomt. Bangladesch hat sich zum zweitgrößten Exporteur für Bekleidung weltweit entwickelt. Mehr als 80 Prozent der gesamten Ausfuhren des Landes entfallen auf die Textilindustrie. Noch liegt China vorn. Doch schon in wenigen Jahren könnte sich das ändern.

Rund vier Millionen Menschen arbeiten bereits jetzt in der Textilindustrie Bangladeschs, zwischen 5000 und 8000 Fabriken haben sich hier angesiedelt. Hauptabnehmer für die produzierten Textilien sind die europäischen Industriestaaten und die USA. Mehr als die Hälfte aller Exporte aus Bangladesch landet am Ende in europäischen Warenhäusern.

Trotzdem gehört Bangladesch noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt. Von den hohen Wachstumsraten profitieren vor allem die einkommensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung. Obwohl die Armutsquote stark gesunken ist, leben weiterhin 31,5 Prozent der Menschen von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Unter- sowie Fehlernährung bleiben weit verbreitete Phänomene.

Bangladesch gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt und steht auf dem Index der menschlichen Entwicklung auf Platz 142 von 188 Ländern (Human Development Index 2015). In kaum einem anderen Land sind die Lohnkosten so niedrig wie hier. Alle Nachbarländer haben höhere Löhne, selbst Kambodscha und Vietnam. Nur ein bis drei Prozent des Endpreises eines T-Shirts oder Pullovers sind in der Regel Arbeitskosten.

### Die Katastrophe von Rana Plaza

Die Missstände in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs sind schon seit vielen Jahren bekannt: Fehlen von Arbeitsverträgen, lange Arbeitszeiten, unangekündigte Überstunden, keine existenzsichernden Löhne, keine Gesundheits- und Sozialleistungen, Missachtung der Gewerkschaftsfreiheit, fehlende Vorkehrungen zum Brand- und Arbeitsschutz, Diskriminierung und sexuelle Belästigung. Doch erst am 24. April 2013 erlangten die katastrophalen Arbeitsbedingungen internationale Aufmerksamkeit.

An diesem Tag stürzte in Savar nahe der Hauptstadt Dhaka ein achtstöckiges Gebäude ein, das Rana Plaza. Nach Angaben des Innenministers waren drei der acht Etagen illegal errichtet worden, eine neunte befand sich im Bau. Im Gebäude waren neben Banken und Geschäften auch fünf Textilfabriken untergebracht.

Obwohl die Arbeiterinnen und Arbeiter dem Management bereits am Tag vor dem Einsturz Risse in den Mauern gemeldet hatten, wurden sie unter Drohungen angewiesen, weiterzuarbeiten. Als das Gebäude um 9 Uhr kollabierte, hielten sich mehr als 3000 Personen darin auf, die meisten von ihnen Textilarbeiterinnen. Für viele kam jede Hilfe zu spät.

Nach dem Einsturz bestätigten nur zwölf Firmen sofort, dass sie im Rana Plaza-Gebäude produzieren ließen. Lokale Aktivistinnen und Aktivisten fanden in den Trümmern jedoch auch Labels, Bekleidung und Bestellscheine weiterer Marken, die ihre Geschäftsbeziehungen zu den Fabriken bestritten oder als beendete erklärten. Mittlerweile steht fest: Mehr als 30 westliche

Unternehmen haben Textilien und Kleidung im Rana Plaza produzieren lassen, darunter auch fünf deutsche (KiK, Adler Modemärkte, NKD, Guldenpfennig und Kanz-Kids-Fashion).

Der Einsturz des Gebäudes ist das bisher größte Unglück in der Bekleidungsindustrie weltweit. Aber er ist nur ein Unfall von vielen, die sich in den letzten Jahren in Bangladesch und anderen Ländern ereignet haben. Erst wenige Monate zuvor kamen bei einem tödlichen Feuer in der Tazreen Modefabrik 112 Menschen ums Leben. In Bangladesch ist Rana Plaza zum Synonym für ein nationales Trauma geworden. Gleichzeitig ist es symptomatisch für die desolaten Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in der gesamten Bekleidungsindustrie weltweit.

### Nach der Katastrophe: Erste Hilfe für die Opfer

Rana Plaza hat das Leben der Betroffenen für immer verändert. Vielen Verletzten mussten noch an der Unglücksstelle Arme oder Beine amputiert werden, um sie überhaupt aus den Bergen von Beton und Stahl befreien zu können. Manche von ihnen werden nie wieder arbeiten können – eine Katastrophe für sie und ihre Familien, denn Bangladesch besitzt keine nationale Unfallversicherung zum Schutz der Opfer von Arbeitsunfällen. Auch ein Großteil der Unternehmen, die in den Fabriken produzieren ließen, weigerten sich anfangs, eine Entschädigung an die Betroffenen zu zahlen.

Um erste Hilfe zu leisten und den Opfern oder ihren Angehörigen Einkommen und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, vermittelte die ILO deshalb ein Abkommen zwischen der Regierung, der internationalen und nationalen Textilindustrie, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Das „Rana Plaza Agreement“ gilt als ein Meilenstein: Darin ist es zum ersten Mal gelungen, ein Abkommen auszuhandeln, das auf der ILO-Konvention 121 basiert (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und die Entschädigung für medizinische Kosten sowie Lohnausfälle aller Betroffenen eines Industrieunglücks regelt.

Die Entschädigungszahlungen laufen über einen von der ILO verwalteten internationalen Solidaritätsfonds. Verletzte, die durch das Unglück vollständig oder teilweise ihre Erwerbsfähigkeit verloren haben und unterhaltsberechtigte Angehörige von Todesopfern können über den Fonds Ansprüche geltend machen.

Erst zwei Jahre nach dem Fabrikeinsturz gelang es der ILO schließlich, die benötigte Gesamt-

summe von 30 Millionen Dollar zu erreichen. Viele der in Rana Plaza produzierenden Firmen wehrten sich vehement dagegen, Verantwortung zu übernehmen und einen finanziellen Beitrag für die Entschädigung der Betroffenen zu bezahlen. Trotzdem leistete der „Rana Plaza Trust Fund“ Soforthilfe und übernahm bis 2015 medizinische Kosten und Lohnausfälle von knapp 3000 Antragstellern. Darüber hinaus arbeitet die ILO mit Regierung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Stiftern und Partnern aus der Industrie am Aufbau einer Unfallversicherung.

### Konsequenzen aus Rana Plaza: Nachhaltige Veränderungen anstoßen

Bereits Jahre vor dem 24. April 2013 forderten lokale Gewerkschaften und internationale NGOs einen Maßnahmenplan zur Verbesserung der Arbeitssicherheit in Bangladesch. Doch erst nach dem Fabrikenfeuer von Tazreen und dem Einsturz des Rana Plaza konnte genug öffentlicher Druck aufgebaut werden, um ein Umdenken und nachhaltige Veränderungen anzustoßen.

Nicht nur die Unternehmen gerieten unter Druck. Auch die Politik stand unter Zugzwang. Rana Plaza machte deutlich, dass die Textilindustrie in Bangladesch einen kritischen Punkt erreicht hatte. Der Industriezweig konnte nicht wie bisher weitergeführt werden. Fundamentale Veränderungen für mehr Sicherheit mussten auf den Weg gebracht werden, um das Leben von mehr als vier Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern nachhaltig zu verbessern und das Vertrauen in die Textilindustrie wiederherzustellen.

Die ILO reagierte schnell auf die Tragödie und entsandte Anfang Mai 2013 eine Delegation nach Dhaka, die sich auf sofortige und mittelfristige Maßnahmen mit der Regierung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einigte. Diese wurden in den „National Tripartite Plan of Action on Fire Safety and Structural Integrity“ (NTPA) aufgenommen, der bereits in Folge des Feuers in Tazreen im November 2012 entwickelt worden war.

Die ILO startete ein dreieinhalbjähriges Programm im Umfang von 27,8 Millionen US-Dollar, um die Umsetzung des NTPA zu unterstützen und die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie zu verbessern. Zentrale Elemente wurden bereits umgesetzt, einschließlich Maßnahmen zu Gebäudesicherheit und Feuerschutz, Reformen der Arbeitsinspektion, des Arbeitsschutzes und der Gesundheit bei der Arbeit, der Rehabilitation und Weiterbildung.

Als Teil ihres „Ready Made Garment“-Programms unterstützt die ILO die nationale Initiative der Regierung von Bangladesch, in rund 1800 Textilfabriken Inspektionen zur Erhöhung der Gebäudesicherheit und des Feuerschutzes sowie der Sicherheit elektrischer Anlagen durchzuführen. Zwei weitere Initiativen werden von internationalen Händlern und Marken vertreten: der „Bangladesh Accord on Fire and Building Safety“ und die „Alliance for Bangladesh Worker Safety“.

Im „Accord“ sind vor allem europäische Textilproduzenten, NGOs und Gewerkschaften vertreten. Die ILO sitzt dem Gremium als unabhängiges Organ vor. Das Abkommen wurde bereits 2012 entwickelt, doch erst nach dem Einsturz des Rana Plaza fanden sich genügend Unterzeichner. Bis zum ersten Jahrestag der Katastrophe hatten 172 Unternehmen ihre Unterschrift unter das Abkommen gesetzt. Dieses ist rechtlich bindend und auf eine Dauer von fünf Jahren angelegt.

In den Fabriken der Unterzeichner werden Sicherheitsinspektionen zu Statik, Elektrik und Feuerschutz unter Beteiligung der Gewerkschaften durchgeführt. Die Ergebnisse der Inspektionen sind im Internet für jeden einsehbar. Allein im Herbst 2014 listete der Bericht des Abkommens 80.000 Sicherheitsmängel in 1106 untersuchten Fabriken auf, darunter zum Beispiel Baumängel und fehlende Feuerschutzeinrichtungen. Entsprechend der ILO-Konvention 155 haben Beschäftigte das Recht, Arbeit ohne Lohnverlust zu verweigern, wenn ihre Sicherheit bedroht ist. Ein zentraler Bestandteil des Abkommens ist außerdem, dass Beschäftigte Missstände in den Fabriken anprangern können, ohne befürchten zu müssen, deswegen entlassen zu werden.

Die „Alliance for Bangladesh Worker Safety“ geht auf eine ausschließlich US-amerikanische Initiative zurück. Auch dieses Bündnis führt Inspektionen sowie Sicherheitstrainings für das Management und die Arbeiterinnen und Arbeiter durch und hat eine unabhängige Beschwerde-Hotline eingerichtet. Wie beim „Accord“ werden die Ergebnisse der Inspektionen öffentlich gemacht. Im Gegensatz zum europäischen Abkommen ist die „Alliance“ jedoch nicht rechtlich verbindlich und gilt damit als „Abkommen light“.

Die beiden Initiativen sowie der NTPA sollen gemeinsam sicherstellen, dass am Ende alle Fabriken in Bangladesch auf Baumängel, Brandschutz und elektrische Sicherheit hin überprüft werden. Durch die Vermittlung der ILO haben sie sich in einem langen Prozess auf gemeinsame technische Mindeststandards geeinigt. Insgesamt wurden mittlerweile mehr als 3600 Fabriken inspiziert. 38 wurden aufgrund von Sicherheitsmängeln geschlossen.

Nun beginnt die eigentliche Arbeit, wie Steve Needham von der ILO in Dhaka erklärt. „Nachdem die Inspektionen erledigt sind, kommt jetzt der große Test: Wir müssen all die Mängel beseitigen, die wir gefunden haben.“ Das sind hunderte kleiner Probleme wie fehlende Feuerlöscher oder eine Kiste, die den Fluchtweg versperrt und beiseite geräumt werden muss. Aber es gibt auch viele große Mängel, insbesondere instabile Gebäude, deren Beseitigung mehr Aufwand und Investitionen erfordern. Die ILO unterstützt diesen Prozess bis 2018. „Letztendlich muss er aber lokal gesteuert werden“, sagt Needham. Deshalb soll ein Sekretariat für die Umsetzung der Mängelbehebung eingerichtet werden.

Syed Ahmed vom Department of Inspection for Factories and Establishments, der staatlichen Kontrollbehörde Bangladeschs, sieht bereits jetzt enorme Fortschritte. „Manchmal braucht es einen großen Schlag, damit die Menschen endlich aufwachen“, erklärt Ahmed. Heute mache die Regierung bei der Sicherheit der Arbeiter keine Kompromisse mehr. „Wir haben lange geschlafen, aber jetzt sind wir uns der Gefahr bewusst.“



## „Vom Baumwollfeld bis zum Bügel“

Hans-Joachim Fuchtel im Interview über Deutschlands Engagement in Bangladesch

**Herr Fuchtel, als Reaktion auf Rana Plaza hat Minister Gerd Müller das Textilbündnis ins Leben gerufen. Was will diese Initiative erreichen?**

Mit dem Bündnis für nachhaltige Textilien wollen wir die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Lieferkette verbessern – vom Baumwollfeld bis zum Bügel. Dabei geht es vor allem darum, ein glaubwürdiges Kontrollsystem zu entwickeln, das die Wirtschaft und die Sozialpartner beteiligt.

**Wie wurde die Idee aufgenommen?**

Der Zuspruch ist erheblich. 19 Monate nach Start des Bündnisses haben wir bereits über 180 Mitglieder. Das ist mehr als die Hälfte des deutschen Einzelhandels. Derzeit fördern wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit über 300 Millionen Euro in 24 Ländern. Besonders in Bangladesch haben wir viel vorangebracht, das weit über die Vorgaben des Bündnisses hinausgeht.

**Diese Vorgaben basieren allerdings auf freiwilligen Selbstverpflichtungen. Reicht das aus, um wirkliche Veränderungen anzustoßen?**

Freiwilligkeit ist für uns der Schlüssel zum Erfolg. Nur so können wir die Kräfte der Wirtschaft nutzen. Erst wenn der freiwillige Weg nicht zum Erfolg führt, sollte man gesetzliche Regelungen schaffen. In der Textilwirtschaft sehen wir aber, dass bereits sehr viel in Bewegung gekommen ist.

**Sie haben sich dafür eingesetzt, dass in Bangladesch eine Unfallversicherung für alle Beschäftigten aufgebaut wird ...**

Ich habe nach Rana Plaza die Überlebenden besucht und viele Schicksale gesehen – Menschen, die am ganzen Körper gelähmt sind und jetzt versuchen, sich mit Mundmalerei über Wasser zu halten. Für mich ist klar, dass wir in Bangladesch eine Versicherungslösung brauchen. Dazu gehört, dass nach einem Unfall der Lebensunterhalt gesichert ist, aber auch, dass Fragen der Rehabilitation und der Prävention geklärt werden.

**Die Versicherung soll sich am Vorbild Deutschland orientieren. Was sind die Vorteile?**

Grundsätzlich stehen sich zwei Systeme gegenüber: die Solidarversicherung und die private Versicherung. In Deutschland hat sich das solidarische System bewährt. Es versichert alle Arbeitnehmer, die in der Branche tätig sind. Damit wirkt es nicht individuell, sondern zugunsten von jedermann.

**Kann das deutsche Modell auch in Bangladesch funktionieren?**

Wir haben mit der DGUV einen sehr profilierten Partner gefunden, der schon in anderen Ländern Asiens am Aufbau von Unfallversicherungen beteiligt war. Die Arbeit wurde im letzten Jahr aufgenommen. Seitdem haben wir mit der Regierung gesprochen und immer wieder Workshops angeboten. Gleichzeitig müssen wir anfangen, Fachleute auszubilden, die mit dem Versicherungswesen vertraut sind. Insgesamt ist ein dreijähriger Prozess geplant. Wann genau die Versicherung umgesetzt werden kann, hängt jedoch stark von der Mitwirkung aller Beteiligten ab.

Hans-Joachim Fuchtel ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



Bangladesch wird größtenteils von Indien umschlossen, im Süden grenzt es an den Golf von Bengalen und im Osten an Myanmar. Die Unglücksstelle von Rana Plaza liegt in Sabhar etwa 25 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Dhaka.

# VON DER KATASTROPHE ZUM NEUANFANG?

Eine Textilfabrik in Gazipur zeigt, dass Veränderungen möglich sind

Kein Tageslicht dringt in die düstere Fabrikhalle. Die Fenster sind mit Brettern vernagelt. Hunderte Arbeiterinnen sitzen dicht gedrängt nebeneinander, kauern über ihren Nähmaschinen, die Rücken gekrümmt – Frauen, Mädchen, Kinder. Der hämmernde Lärm der Maschinen erfüllt den Raum. Die Luft ist stickig, es fällt schwer zu atmen ...

Nach den jahrelangen Schreckensmeldungen sind das die traurigen Bilder, die man von einer Fabrikhalle in Bangladesch erwarten würde. Dass es auch anders geht, zeigt eine Textilfabrik in Gazipur nördlich von Dhaka. Schon vor dem Eingang des großen roten Backsteingebäudes erklären Informationstafeln die ökologischen Standards und Ziele des Unternehmens. Das geräumige Foyer ist lichtdurchflutet und sauber bis in den letzten Winkel. Ein angenehmer Duft liegt in der Luft. Auf einem Aufsteller präsentieren sich stolz die Marken, die hier produzieren lassen.

Auch die Fabrikhallen haben nichts mit jenen düsteren Bildern gemein, die man sich beim Gedanken an Bangladesch vorstellt. Von den hohen Decken beleuchten dutzende Lampen die weitläufigen Räume. Ein konstantes Summen liegt in der Luft. Doch nicht laut, aggressiv, sondern fast beruhigend rattern die Maschinen im Takt. Die Männer schütteln breite Stoffbahnen wie Bettlaken aus und schneiden sie zurecht. Die Frauen sticken Muster auf T-Shirts, zupfen überschüssige Fäden aus dem Stoff, falten die fertigen Produkte. Alles wirkt sauber, geordnet – vorbildlich.

Die BGMEA, der Verband der Textilproduzenten und -exporteure in Bangladesch, wählt die moderne Produktionsstätte der Firma Epyllion nicht zufällig für Besichtigungen aus. Wie kaum eine andere zeigt sie die positiven Fortschritte, die in der Branche gemacht wurden. Sie zeigt, was möglich ist.

Rund 5000 Arbeiterinnen und Arbeiter sind hier beschäftigt. Pro Tag produzieren sie 1,2 Millionen Teile. Neben der Fabrik in Gazipur hat Epyllion vier weitere Produktionsstätten in Bangladesch. „Wir arbeiten nicht nur für Geld, sondern



Rund 5000 Frauen und Männer arbeiten in den Fabrikhallen der Firma Epyllion. Pro Tag produzieren sie 1,2 Millionen Kleidungsstücke. Foto: Thomas Gutke, Märkische Oderzeitung

für die Menschen und für die Entwicklung des Landes“, sagt Javed Ahmed von der Personalabteilung. Stolz präsentiert er die Errungenschaften seines Unternehmens: Epyllion wurde schon mehrfach als vorbildlicher Arbeitgeber ausgezeichnet. Gemeinsam mit seinen Auftraggebern hat das Unternehmen eine Reihe von Umweltprogrammen für mehr Energieeffizienz, weniger Abfall und weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß ins Leben gerufen. Seit 2012 ist Epyllion Teil des UN Global Compact, der weltweit größten Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung.

Auch die Arbeiterinnen und Arbeiter profitieren von der Firmenphilosophie. Zu den Angeboten zählen ein jährliches Kultur- und Sportprogramm, ein Stipendienprogramm für die Kinder der Beschäftigten, kostenloser Transport und Mittagessen. Auf dem Gelände des Unternehmens gibt es eine Kindertagesstätte und eine Krankenstation,

auf der sich die Arbeiterinnen und Arbeiter jederzeit kostenlos untersuchen und behandeln lassen können.

In Kooperation mit der ILO bietet das Unternehmen außerdem Fortbildungen zu den Grundlagen von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz an. Die Kurse finden jeden Tag statt und stehen sowohl den Beschäftigten auf höheren Management-Ebenen als auch den Arbeiterinnen und Arbeitern offen. Mit dem Training soll das Bewusstsein für die eigenen Rechte und Pflichten gestärkt werden.

Epyllion zeigt beispielhaft, wie die Zukunft der Textilbranche in Bangladesch aussehen könnte. Die Firma liefert den Beweis, dass Produktivität und Gewinnmaximierung nicht im Widerspruch zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen stehen. Leider gehört sie damit im Moment noch

nicht zur Mehrheit der Unternehmen. Denn noch immer gibt es viele schwarze Schafe in der Branche. Gerade kleinere Fabriken, die für den lokalen Markt produzieren, halten sich nicht an internationale Arbeitsstandards. „Sogar Kinderarbeit ist dort teilweise noch an der Tagesordnung“, räumt Steve Needham von der ILO in Dhaka ein.

Und selbst beim Musterknaben Epyllion hat der Fortschritt Grenzen. Denn obwohl auf den ersten Blick alles vorbildlich wirkt, hat das Unternehmen seinen Arbeiterinnen und Arbeitern doch ein Sprechverbot auferlegt: Kritische Nachfragen sind nicht erlaubt. Das lässt Zweifel aufkommen, ob wirklich alles so perfekt ist, wie es scheint. Wenig überraschend gibt es in der Fabrik auch keine Gewerkschaft. Damit bleibt eines der größten Probleme der Branche bestehen: Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben keine Stimme, um ihre Rechte einzufordern.

## Arbeiterinnen, erhebt eure Stimmen!

In 19 Frauencafés werden Bangladeschs Näherinnen über ihre Rechte aufgeklärt



Spielerisches Lernen: In den Frauen-Cafés kommen Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen, um sich über ihre Rechte zu informieren. Foto: Gunnar Pier, Westfälische Nachrichten

Nazma Akter war elf Jahre alt, als sie die Schule verließ. Um ihre Familie zu unterstützen, musste sie als Näherin in einer Textilfabrik arbeiten – bis zu 14 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Mit 13 demonstrierte sie zum ersten Mal für bessere Arbeitsbedingungen und wurde dafür zusammengeschlagen. Doch sie gab nicht auf.

Heute ist Nazma Akter die bekannteste Gewerkschafterin des Landes. Sie leitet die Awaj Foundation, eine Nichtregierungsorganisation, die sich um Beratung, Training und Bildung von Arbeiterinnen kümmert. Zu ihren erfolgreichsten Initiativen zählen die sogenannten Frauen-Cafés. Arbeiterinnen aus der Textilindustrie

werden dort über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt und können bei Arbeitsstreitigkeiten eine Rechtsberatung in Anspruch nehmen.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt Nazma Akter und andere Initiativen im Auftrag der Bundesregierung. Das Programm zur Förderung von Sozial- und Umweltstandards in der Textilindustrie bildet unter anderem Trainerinnen und Trainer aus und finanziert die Ausstattung der Büros, Kurse und Infoabende.

Einer der insgesamt 19 Treffs ist im ersten Stock eines Gebäudes in Dhakas Stadtteil Mirpur untergebracht. Während es draußen bereits dunkel wird, sitzen im Haus rund 20 Frauen und einige Männer in kleinen Gruppen auf dem Boden. In ihrer Mitte liegt jeweils ein buntes Spielbrett mit vielen Fragezeichen. „Ludo“ ähnelt dem deutschen „Mensch ärgere dich nicht“. Wer auf ein Spielfeld mit Fragezeichen kommt, muss eine Karte ziehen und eine Frage zum Arbeitsrecht beantworten.

Viele der Frauen und Männer können kaum lesen oder schreiben. Bei Ludo sollen sie deshalb kreativ und spielerisch lernen. Wie hoch ist der Mindestlohn? Wie lang dürfen schwangere

Frauen zu Hause bleiben? Jedes Mal, wenn jemand eine Frage richtig beantwortet, bricht begeisterter Applaus in der Gruppe aus. Die Methode funktioniert: Die Spielerinnen und Spieler lachen, tauschen sich aus und haben sichtlich Spaß beim Lernen.

Jede Woche besuchen rund 200 Textilarbeiterinnen und -arbeiter eines der 19 Frauen-Cafés in Dhaka und Chittagong. Seit dem Start des Projekts wurden mehr als 200.000 Frauen und Männer mit den Grundlagen des Arbeitsrechts vertraut gemacht. Über 8600 Arbeitskonflikte konnten durch die Intervention von geschulten Arbeiterinnen und Arbeitern und die Mediation der Rechtsberatung einvernehmlich beigelegt werden. Inzwischen wurden außerdem zwei Kindertagesstätten und zwei Computerarbeitsräume in den Frauen-Cafés eingerichtet.

Für Nazma Akter ist es besonders wichtig, mit ihrer Initiative den Austausch unter den Frauen zu fördern. Die Cafés sollen dabei helfen, die Arbeiterinnen aufzuklären und zu stärken. „Die Frauen müssen sich zusammenschließen und organisieren“, sagt die Gewerkschafterin. „Dafür müssen sie vor allem ihre Rechte als Arbeitnehmerinnen kennen.“

# DIE CHANCE AUF EIN BESSERES LEBEN

Im Slum von Korail engagieren sich die Vereinten Nationen für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen



Armut und Aufstieg liegen in Dhaka dicht beieinander. Direkt neben dem Slum Korail ragen die Hochhäuser der Hauptstadt empor. Foto: Jan Woitas, dpa

## Zahlen und Fakten

Korail ist der größte Slum in Bangladesch. Auf nicht einmal 70 Hektar leben hier mindestens 70.000 Menschen in rund 16.000 Haushalten. Manche Schätzungen gehen sogar von 100.000 Menschen aus. Insgesamt leben in Bangladesch rund 70 Prozent der städtischen Bevölkerung in Slums. Eine Ursache sind die massiven Auswirkungen des Klimawandels. Da der größte Teil des Landes nur wenige Meter über dem Meeresspiegel liegt, verursachen Wirbelstürme im Frühjahr und Sommer fast jährlich katastrophale Überschwemmungen. Viele Menschen ziehen deshalb auf der Suche nach Sicherheit und neuen ökonomischen Möglichkeiten in die überfüllten Städte. In den Slums verfügt jedoch nur ein Fünftel aller Haushalte über sanitäre Anlagen. Die meisten Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. Der Slum von Korail wurde bereits 1978 errichtet und ist im Besitz der Regierung. Immer wieder wird die Räumung des Geländes angedroht. Die Bewohnerinnen und Bewohner leben deshalb in der ständigen Angst, irgendwann ihre Häuser verlassen zu müssen.

Am Banani-See im Zentrum von Dhaka, nur wenige Straßen entfernt von Penthäusern, Banken und mehrstöckigen Bürogebäuden, liegt der größte Slum der Hauptstadt. Das Korail-Viertel ist ein Labyrinth aus engen, staubigen Gassen, die zwischen einfachen Wellblechhütten durch ein buntes Treiben führen.

Kinder spielen Fußball, Mütter mit Babys auf dem Arm stecken neugierig die Köpfe aus dem Fenster, ein Barbier blickt lächelnd vom frisch eingeschäumten Bart seines Kunden auf. „Hello, hello, how are you?“, rufen die Menschen aus den Lebensmittelgeschäften, Rasierstuben, Schneidereien und Klassenzimmern. Sie sind internationalen Besuch gewohnt. Denn das Korail-Viertel ist kein gewöhnlicher Slum.

2010 startete dort eine der größten Initiativen zur Armutsbekämpfung in Großstädten weltweit, das Urban Partnerships for Poverty Reduction Project (UPPR). Unterstützt durch UN-Habitat und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) versucht das Projekt in 23 Städten

und Dörfern in ganz Bangladesch, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. In Korail entstanden so nicht nur befestigte Fußwege, Leitungen für sauberes Wasser und funktionstüchtige Sanitäreinrichtungen. Die Bewohner werden auch dabei unterstützt, eine menschenwürdige Beschäftigung zu finden und so ihren Lebensunterhalt zu sichern.

In enger Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort vergibt das Programm zum Beispiel Mikrokredite an Frauen und eröffnet ihnen dadurch die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen. Schulen werden gefördert und ausgebaut. Bildungsstipendien speziell für junge Mädchen sollen Familien ermutigen, ihre Töchter länger zur Schule zu schicken, und verringern so die Wahrscheinlichkeit einer frühen Heirat.

Eines dieser Mädchen ist Israt Jahan. Ihre Familie lebt seit 22 Jahren im Slum von Korail. Das Schlafzimmer teilt sie mit ihrer Mutter und ihrem Bruder. Das Badezimmer mit acht anderen Familien. Als Israt 12 Jahre alt war, sollte sie die

Schule verlassen und heiraten. Doch das Entwicklungsprogramm überzeugte ihre Mutter, die Hochzeit noch einmal zu verschieben. „Ich wollte viel lieber studieren“, sagt Israt.

Mithilfe eines Stipendiums wurde dieser Wunsch erfüllt. Die heute 18-Jährige macht gerade ihren Bachelor in Rechtswissenschaften. Neben dem Studium unterrichtet sie außerdem an einer Grundschule in Korail. Sie hat einen eigenen Computer und spricht fließend Englisch. Auch für die Zeit nach dem Bachelor hat sie große Pläne. „Vielleicht mache ich meinen Master in London“, hofft Israt.

Auch Aklima Akter hat von den Angeboten des Entwicklungsprogramms profitiert. Sie ist eine von rund 40 Teilnehmern eines IT-Kurses, der von UNDP und UPPR finanziert und von der Organisation CodersTrust durchgeführt wird. Das „Learn and Earn“-Projekt bildet junge Menschen nicht nur kostenlos im Programmieren aus, sondern hilft ihnen auch, nach der Ausbildung mit dem Gelernten Geld zu verdienen.

„Als ich den Kurs angefangen habe, wusste ich nicht mal, wie man einen Computer startet“, gibt Aklima zu. Nur sechs Monate später hat die 19-Jährige bereits ihren ersten Kunden. „Letzten Monat habe ich 25 Dollar verdient“, erzählt sie stolz. Diesen Monat waren es schon 90 – eine Menge Geld für ein junges Mädchen. Der Mindestlohn für eine Näherin in Bangladesch liegt nur bei rund 55 Euro im Monat.

Mit dem Gehalt unterstützt sie ihre achtköpfige Familie, die zusammen drei Zimmer im Slum von Korail bewohnt. „Ich gebe alles meinem Vater“, sagt Aklima. In Zukunft will sie noch mehr für den Lebensunterhalt beisteuern. Sie hofft auf weitere Kunden. Um sich noch besser zu qualifizieren, darf sie bald an einem IT-Kurs für Fortgeschrittene teilnehmen.

Geht es nach den Initiatoren von CodersTrust, wird Aklima nicht die einzige bleiben, die eine bessere Zukunft in der IT-Brache findet. Bis zu 40.000 Jugendliche sollen über das Programm in ganz Bangladesch ausgebildet werden.



## „Rana Plaza war kein Unfall“

Bangladeschs bekannteste Gewerkschafterin Nazma Akter im Interview

### Seit Rana Plaza hat sich vieles in Bangladesch verändert. Ist jetzt alles gut?

Wir haben große Fortschritte gemacht, vor allem im Bereich Sicherheit. Aber gerade bei den sozialen Rechten gibt es noch viel zu tun. Eine der größten Schwachstellen ist die Vereinigungsfreiheit. Wir haben in Bangladesch immer noch keine Gewerkschaftskultur.

### Was müsste in diesem Bereich noch verbessert werden?

Wir haben mehr Gewerkschaften als früher, etwa 300 sind nach Rana Plaza neu dazugekommen, bisher aber vor allem in den kleineren Fabriken. Neugründungen müssen immer noch beim Arbeitsminister beantragt werden. Dafür braucht man aber die Unterschriften von 30 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter. In Fabriken mit bis zu 4000 Beschäftigten ist es deshalb sehr schwer, sich zu organisieren. Außerdem muss man dabei sehr vorsichtig vorgehen – denn man kann immer noch seinen Job verlieren, wenn man sich in einer Gewerkschaft engagiert.

### Warum wären Gewerkschaften in Bangladesch so wichtig?

Rana Plaza war kein Unfall. Schon am Tag vorher wussten alle, dass das Gebäude einstürzen würde. Die Arbeiterinnen informierten ihre Vorgesetzten über die Risse in den Wänden und wollten nicht zurück an ihre Arbeitsplätze. Aber ihnen wurde gedroht, dass sie dann keinen Lohn bekommen würden. Die Arbeiterinnen wurden einfach nicht gehört, sie hatten keine Stimme. Dieses Problem müssen wir angehen.

### Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Für echten Wandel ist ein fairer Preis das wichtigste. Billige Arbeit macht die Armen ärmer und die Reichen reicher. Politische Entscheidungsträger in den USA und in Europa helfen dabei, unsere Frauen auszubeuten. Die Löhne, die wir von amerikanischen und europäischen Unternehmen bekommen, reichen uns nicht zum Leben. Veränderungen anzustoßen ist deshalb nicht nur unser Job – es liegt auch in Ihrer Verantwortung!

## Das UN-Entwicklungsprogramm



Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) arbeitet in rund 180 Ländern und Gebieten daran, die Entwicklungschancen von in Armut lebenden Menschen zu verbessern. Im Jahr 1965 gegründet, ist es die maßgebliche Organisation der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen. Das Aufgabenfeld des UNDP ist breit gefächert: Armutreduzierung, das Erreichen der Entwicklungsziele, demokratische Regierungsführung und Maßnahmen zur Krisenprävention gehören ebenso dazu wie Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Seit 1990 gibt das UNDP regelmäßig den Bericht über die menschliche Entwicklung heraus.

## UN-HABITAT



UN-HABITAT gilt als zentrale Organisation im UN-System für die Koordinierung der Bereiche Stadtentwicklung, Siedlungswesen und Wohnungsversorgung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Aufgabe von UN-HABITAT ist es, angesichts der rapide wachsenden Bevölkerungen in den Städten das Konzept einer nachhaltigen Urbanisierung zu entwickeln und umzusetzen. Dafür werden die Instrumente der Politikberatung, Kapazitätsbildung und des Wissensmanagement eingesetzt und Partnerschaften zwischen Regierungen, Städten, NGOs und dem Privatsektor unterstützt. Wichtige Entwicklungsschritte für das Programm waren die UN-Stadtentwicklungskonferenzen Habitat I in Vancouver (1976) und Habitat II in Istanbul (1996). Die dritte Gipfelkonferenz fand vom 17. bis 20. Oktober 2016 in Quito, Ecuador statt.

# UND BEI UNS? DAS BEISPIEL DEUTSCHLAND

Auf den ersten Blick erscheint die Bundesrepublik wie der Musterknabe des Arbeitsrechts. Probleme wie in Bangladesch gehören hier der Vergangenheit an. Doch auch bei uns bleibt noch einiges zu tun.

Für deutsche Arbeitnehmer gibt es viele gute Nachrichten: Der jährliche Urlaubsanspruch ist mit durchschnittlich über 31 Tagen auf Rekordhöhe, gleichzeitig liegt die tarifliche Wochenarbeitszeit mit 38 Stunden auf einem Tiefstand. Die Löhne steigen, die Arbeit wird immer sicherer. Das sagt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft.

In vielen Bereichen des Arbeitsrechts nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle ein. Alle Kernarbeitsnormen der ILO sind seit langem ratifiziert. Insgesamt gehört die Bundesrepublik zu den 15 Mitgliedstaaten mit den meisten Ratifikationen. In aller Regel liegen die in Deutschland geltenden Arbeits- und Sozialstandards dabei über den Mindeststandards der Übereinkommen.

Darüber hinaus hat Deutschland eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenrate. Es verfügt über ein gutes System an automatischen Stabilisatoren wie sozialem Schutz und sozialer Sicherheit und kann auf einen gut etablierten sozialen Dialog aufbauen. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind hier also jederzeit garantiert. Oder?

## Einführung des Mindestlohns: Ein Schritt in die richtige Richtung

Tatsächlich schützt Arbeit auch in Deutschland nicht immer vor Armut. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen gewachsen, aber immer mehr Menschen sind in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt. 1,3 Millionen Erwerbstätige erhielten 2013 unterstützende staatliche Leistungen, weil ihr Arbeitsverdienst unterhalb des Existenzminimums lag. Insgesamt bezogen rund 3,1 Millionen ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle, 25 Prozent mehr als noch 2008.

Zusätzlich arbeitet mehr als ein Fünftel der Beschäftigten für Einkommen, die offiziell als „Niedriglohn“ bezeichnet werden. Und auch der Niedriglohnsektor wächst und wächst. Leiharbeit und Minijobs stellen weitere Armutsfallen dar und haben ebenfalls stark zugenommen. Immer mehr Menschen arbeiten zudem befristet

und am Wochenende. Viele Beschäftigte können sich selbst mit Vollzeitstellen kein existenzsicherndes Auskommen finanzieren. Auch in einem wohlhabenden Staat wie Deutschland gibt es also erwerbstätige Arme.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben die meisten europäischen Staaten und Nordamerika gesetzliche Mindestlöhne eingeführt. Seit dem 1. Januar 2015 zählt auch Deutschland zu ihnen. 22 andere Länder der EU waren jedoch schneller. Statt Vorreiter ist die Bundesrepublik hier Nachzügler.

Ziel der Mindestlöhne ist es, ein angemessenes Einkommensniveau festzusetzen und einen Unterbietungswettbewerb zu verhindern. In Deutschland ist der Mindestlohn derzeit auf 8,50 Euro pro Stunde festgesetzt. Nur für eine Übergangszeit von zwei Jahren, bis Ende 2016, dürfen die Branchenmindestlöhne unter diesem allgemeinen Mindestlohn liegen.

17 EU-Länder haben ihre Mindestlöhne zum Jahresbeginn 2016 erhöht, im Schnitt um fast 5 Prozent. Deutschland erhöhte den Mindestlohn dagegen nicht – und liegt damit weit hinter den übrigen westeuropäischen Staaten, in denen überall mehr als 9 Euro Stundenlohn vorgesehen sind. In Luxemburg werden sogar 11,12 Euro gezahlt.

Auch gemessen am mittleren nationalen Verdienst rangiert der deutsche Mindestlohn der Untersuchung zufolge nur im internationalen Mittelfeld. Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, sollten Mindestlöhne ein bestimmtes Niveau nicht unterschreiten, zum Beispiel 50 Prozent des durchschnittlichen Lohns eines Vollzeitbeschäftigten. In Deutschland liegt dieser Wert derzeit nur bei 48 Prozent – niedriger als in der Mehrheit der EU-Länder.

Dabei lassen sich seit der Einführung des Mindestlohns bereits einige positive Entwicklungen verzeichnen. Anders als von vielen befürchtet ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nicht zurückgegangen, sondern

gestiegen. Der Arbeitsmarkt zeigte sich robust, das Arbeitsvolumen nahm sogar zu. Immer weniger Menschen arbeiten in einem Minijob, immer mehr können von ihrer Arbeit leben.

## Diskriminierung am Arbeitsplatz: Frauen bleiben benachteiligt

Nicht nur bei den Mindestlöhnen hinkt Deutschland hinterher. Auch beim Thema Gleichstellung gibt es Handlungsbedarf. In kaum einem anderen europäischen Land wird bei der Bezahlung so drastisch nach Geschlecht unterschieden. Laut Statistischem Bundesamt bleiben die durchschnittlichen Stundenlöhne von Frauen um 22 Prozent hinter denen der Männer zurück. EU-weit sind es lediglich 16 Prozent. Darüber hinaus hat sich an den deutschen Zahlen in den vergangenen 20 Jahren kaum etwas geändert.

Vor allem wenn das erste Kind kommt, geht die Verdienstscheere auseinander. Während er Karriere macht und mit den Jahren immer besser verdient, setzt sie aus, steigt nur in Teilzeit wieder ein, wird vielleicht bei der nächsten Beförderungsrunde übergangen oder sucht sich nur noch einen Minijob. Der deutsche Staat begünstigt diese traditionellen Rollen zusätzlich: zum Beispiel durch das Ehegattensplitting im Steuerrecht, von dem Paare umso mehr profitieren, je stärker die Einkommen der Partner auseinanderliegen.

Doch selbst wenn man diese Faktoren berücksichtigt, bleibt bei formal gleicher Qualifikation und Tätigkeit im Durchschnitt ein Gehaltsunterschied von etwa 7 Prozent zu Lasten der Frauen. Das widerspricht den Kernarbeitsnormen der ILO, die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts weltweit verbieten.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern steht zwar im Grundgesetz, ist aber in vielen Unternehmen noch immer nicht Wirklichkeit geworden. Obwohl fast die Hälfte der Erwerbstätigen in Deutschland weiblich ist, bleiben Frauen unterrepräsentiert, wenn es um Top-Positionen geht. Bereits vor 15 Jahren hat die deutsche Wirtschaft in einer freiwilligen Selbstverpflichtung versprochen, den Frauenanteil zu erhöhen. Verändert hat das nichts. Auf der obersten Führungsebene von Unternehmen ist nach wie vor nur jede vierte Cheffposition mit einer Frau besetzt – genau wie vor zehn Jahren.

Deshalb wurde 2015 die Frauenquote in Deutschland Gesetz. Gut hundert börsennotierte Unternehmen müssen ab dem 1. Januar 2016 bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten eine Frauenquote von 30 Prozent einhalten. Ansonsten bleibt der Posten unbesetzt. Das Gesetz sieht zudem vor, dass 3500 mittelgroße Unternehmen sich eigene Zielvorgaben beim Frauenanteil in Vorstand, Aufsichtsrat und den obersten zwei Managementebenen setzen müssen. Außerdem enthält es Regelungen für eine Frauenquote im öffentlichen Dienst des Bundes.

Viele der betroffenen Unternehmen haben die Quote mit Jahresbeginn 2016 jedoch nicht erreicht – und werden sie auch bis zum Ende des Jahres nicht schaffen. Denn die Neuregelung greift erst, wenn Neubesetzungen oder Nachwahlen für den Aufsichtsrat anstehen. Das kann fünf Jahre dauern. Auch hier bleibt also noch viel zu tun.

## Deutschlands Rolle in der Internationalen Arbeitsorganisation

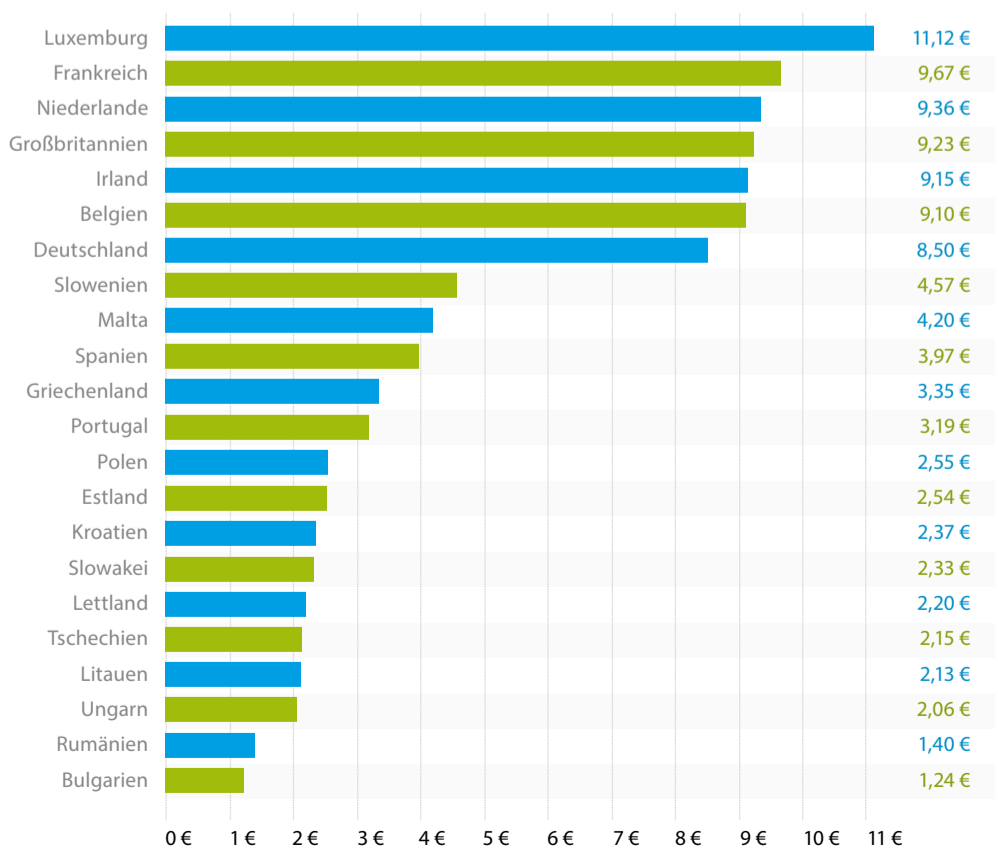
Deutschland ist einer der größten Beitragszahler und unterstützt zahlreiche Projekte der ILO

Die tripartistische Struktur der ILO ist im UN-System einzigartig. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Regierungen sind gleichberechtigte Entscheidungsträger. Finanziert wird die Organisation allerdings nur von den Staaten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die ILO eine der ersten internationalen Organisationen, die Deutschland den Weg in die Völkergemeinschaft öffnete. Seit 1954 nimmt Deutschland einen der zehn ständigen Sitze im Verwaltungsrat der ILO ein. Dieser kann als Exekutive der Organisation angesehen werden und ist den wirtschaftlich bedeutendsten Staaten vorbehalten. Zwei Mal haben Deutsche den Vorsitz des Verwaltungsrates eingenommen: Winfried Haase als Regierungsvertreter und Gerd Muhr als Arbeitnehmervertreter.

Die zehn ständigen Mitglieder des Verwaltungsrates bringen rund 80 Prozent der Gesamtbeiträge für die Organisation auf. Deutschland war 2016 nach den USA und Japan der drittgrößte Beitragszahler. Sein Anteil an der Finanzierung des ordentlichen Haushalts liegt derzeit bei rund 7 Prozent bzw. 27,1 Millionen Schweizer Franken pro Jahr (ca. 25,1 Millionen Euro). Die Beiträge der Mitgliedstaaten sind die Haupteinnahmequelle der ILO.

Darüber hinaus finanziert Deutschland eine Reihe von Projekten im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit der Organisation. So spielte die Bundesregierung eine maßgebliche Rolle bei der Einrichtung des Programms zur Bekämpfung der Kinderarbeit (IPEC). Im Jahr 2016 beteiligte sich Deutschland mit drei Millionen Euro am Vision Zero Fund. Dieser soll die Zahl der Opfer von Arbeitsunfällen weltweit soweit wie möglich reduzieren, zum Beispiel durch Investitionen in Brandschutz, Trainingsmaßnahmen oder den Aufbau von Unfallversicherungen. Bereits 2008 und 2009 hatte die Bundesregierung drei Millionen Euro für die Unterstützung von Länderprogrammen für menschenwürdige Arbeit aufgewendet.

Ein aktueller Schwerpunkt der ILO liegt auf der Förderung von guter Arbeit in globalen Lieferketten. Die Bundesregierung unterstützt die Aktivitäten der ILO und bringt die Ergebnisse des G7-Gipfels 2015 in Elmau in die Debatte ein. Dort verabschiedeten die beteiligten Staats- und Regierungschefs eine Reihe von konkreten Maßnahmen für die bessere weltweite Umsetzung von Arbeits- und Sozialstandards in globalen Lieferketten.



Höhe des Mindestlohns im Januar 2016 nach Ländern. Quelle: Statistisches Bundesamt

Herausgeber  
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.  
Zimmerstraße 26/27 • D-10969 Berlin  
Telefon: (030) 259375-0 • Telefax: (030) 259375-29  
E-Mail: info@dgvn.de • Web: www.dgvn.de  
facebook.com/dgvn.e.v • twitter.com/dgvn\_de

Verantwortlich  
Dr. Lisa Heemann, DGVN-Generalsekretärin  
Konzept und Autorin: Hannah König  
Redaktion: Jana Krieg und Dr. Alfredo Märker, DGVN  
Titelbild: Gunnar Pier  
Gestaltung: Cornelia Agel, sevenminds  
Druck: Senserdruck

2. aktualisierte Auflage, Dezember 2016  
ISSN 1614-5437  
Gedruckt auf 100%-Recycling-Papier.



Die EINE-WELT-PRESSE erscheint einmal jährlich und befasst sich jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt. Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Sie sind am Bezug der EINE-WELT-PRESSE oder an bereits erschienenen Ausgaben interessiert? Auf Anfrage senden wir Exemplare gerne zu – auch größere Stückzahlen für die Bildungsarbeit.